

anders ausgedrückt: Der Rechtsradikalismus, der heute das Bild der neuen Bundesrepublik Deutschland vor der Weltöffentlichkeit zu verdunkeln droht, ist in Teilen auch eine „Folge der SED-Diktatur in Deutschland.“ Das zu begreifen, fällt wahrscheinlich schwer, widerspricht es doch scheinbar unserer ostdeutschen Lebenserfahrung. Aber gerade deshalb nimmt die heutige Anhörung auch eine zentrale Stelle in der Arbeit unserer Enquete-Kommission ein.

Ich möchte uns allen wünschen, daß wir auch diesen Teil unserer Arbeit, die uns vom Deutschen Bundestag aufgetragen worden ist, mit Energie und Präzision leisten. Daß es dazu auch eines unerschrockenen Herzens und Verstandes bedarf, gerade weil wir so erschrocken sind, werden wir am heutigen Tag wohl immer wieder spüren.

Ich möchte zunächst unsere beiden Kollegen, Frau Prof. Dr. Roswitha Wisniewski und Herrn Dr. Faulenbach bitten, uns in die thematischen Schwerpunkte unseres heutigen Unternehmens einzuführen. Bitte, Frau Prof. Wisniewski.

**Abg. Frau Prof. Dr. Wisniewski (CDU/CSU):** In der heutigen Vortrags-sitzung der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur“ sollen zwei Themenbereiche behandelt werden, die auf den ersten Blick wenig, bei näherem Hinschauen aber viel miteinander zu tun haben.

Das Wort „Faschismus“ hat bekanntlich in nicht-marxistischem und marxistischem Verständnis unterschiedliche Bedeutung. So wird in einem nicht-marxistischen Lexikon „Faschismus“ definiert als „Bezeichnung für extrem nationalistische, nach dem Führerprinzip organisierte antiliberale und antimarxistische Herrschaftssysteme“ (Meyers Enzyklopädisches Lexikon). Dagegen wird „Faschismus“ im marxistisch geprägten, für die DDR maßgeblichen Philosophischen Wörterbuch von Georg Klaus und Manfred Buhr eingengt definiert als Bezeichnung für eine kapitalistische Diktatur, die sich dem Heilsweg in den Kommunismus entgegen zu stellen versucht: „Der Faschismus ist die Reaktion der imperialistischen Bourgeoisie auf die Veränderungen des Kräfteverhältnisses seit dem Beginn der allgemeinen Krise des Kapitalismus, seit dem Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, die den weltweiten Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus einleitete.“ Im verkürzten DDR-Sprachegebrauch war Faschismus – allen Einsichten der Geschichtswissenschaft zum Trotz – die „höchstentwickelte Form des Monopolkapitalismus“.

Zu Recht wird daher von Günter Fippel der „echte Antifaschismus“ als vielfältige politische Bewegung gegen den Faschismus in Europa unterschieden vom „unechten Antifaschismus“ des Marxismus-Leninismus („Der Mißbrauch des Faschismus-Begriffs in der SBZ/DDR“. In: Deutschland-Archiv 10 (1992), S. 1055–1065).

Entsprechend diesem marxistischen Faschismus-Begriff und Geschichtsverständnis wurde „Antifaschismus“ in der DDR wie zuvor schon in der Sowjetunion einerseits zum **Kampfbegriff** gegen jede Kritik und Feindschaft gegen den Kommunismus und andererseits **Integrations-Ideologie**. Antifaschismus im marxistischen Sinne wurde zur Grundlage der Selbstrechtfertigung des Staates, die jede Kritik am real existierenden Sozialismus und seinem Staat dem Faschismus-Verdacht aussetzte. Damit steht die DDR in der sowjetischen Tradition. Bereits in der Mitte der zwanziger Jahre wurde jeder, der der Ideologie oder der Politik der Sowjets entgegenzutreten wagte, zum „Faschisten“ gestempelt – eine Tradition, die nach 1945 fortgesetzt wurde.

Der Faschismus-Vorwurf wurde damit zum **bequemen Mittel der Vernichtung** unerwünschter Personen und politischen Strukturen und zur Lähmung des Widerstandes der bürgerlichen Parteien und ihrer Anhänger. Walter Ulbricht gab die Parole aus, daß der konsequente antifaschistische Kampf darauf gerichtet sein müsse, „die Wurzeln des Faschismus – die Herrschaft des Finanzkapitals“ zu beseitigen durch Säuberung des Verwaltungsapparates und der wissenschaftlichen Institutionen von allen faschistischen Elementen, durch die Enteignung der Großgrundbesitzer, der Bankherren und Konzerne, durch den Kampf gegen die faschistische Ideologie und gegen alle Ideologien, an die der Faschismus hätte anknüpfen können. (Hans-Helmuth Knütter, „Antifaschismus und politische Kultur in Deutschland nach der Wiedervereinigung“. In: Politik und Zeitgeschichte, 22.2.1991, S. 19).

Die **Integrationskraft** der Ideologie des „Antifaschismus“ bestand einerseits in der berechtigten Ablehnung der national-sozialistischen Schreckensherrschaft, in der propagandistischen Verleumdung der Bundesrepublik als angeblichem Hort des Weiterwirkens von Nationalsozialismus und Faschismus aber auch in der Bewunderung für die Widerstandskämpfer, und schließlich auch in der Furcht, selbst zum „Faschisten“ gestempelt zu werden.

Die Antifaschismus-Ideologie vermittelte (durch die Ablehnung des Bösen) offenbar mehr positive **Erziehungskraft** als es der abstrakt-blutleere Marxismus und der real existierende Sozialismus vermochten. Annette Simon, die heute leider nicht anwesend sein kann, berichtet sehr eindrucksvoll, wie sie durch Gespräche im Elternhaus über Freunde, die im KZ gewesen waren, als Kind geprägt wurde. „Ich konnte mir die Zeit des zwölfjährigen Reiches nur als eine Zeit unsäglichem Greuel vorstellen... Das sehr früh angebotene sozial-ökonomische Erklärungsmodell vom „Faschismus als höchstentwickelte Form des Monopolkapitalismus“ und die Projektion, daß diese Verbrecher nun alle im Westen Deutschlands lebten, boten dem Kind Entlastung. ... Die Geschichten von den gemordeten Antifaschisten waren die Heldensagen der DDR (die Ermordung von Millionen Juden war dabei meist nur ein Nebenthema), und die Überlebenden erfüllten deren Vermächtnis – schon deshalb mußten sie im Recht sein.“ (FAZ 1.2.1993). Ähnlich Annette Leo:

„Die Helden meiner Kinderträume waren die Widerstandskämpfer. Allen voran natürlich mein Vater, der Partisan, der mit einer Pistole bewaffnet durch den Wald schlich, oder aus höchster Gefahr errettet wurde... Nicht nur zu Hause, auch in der Schule, wenn beim Morgenappell die Fahne hochgezogen und ein Spruch rezitiert wurde, bei Demonstrationen schwebten die großen Bilder der toten Helden über unseren Köpfen. Filme und Bücher handelten vom Kampf und Leidensweg Ernst Thälmanns, John Schehrs, Hans Beimlers ... Der Staat DDR, in dem ich groß geworden bin, war auf die Tradition des antifaschistischen Kampfes gegründet. Aus seinem Erbe bezog er die Legitimation als eine neue, bessere Ordnung, die mit der verbrecherischen Vergangenheit gebrochen hat. Aber sooft auch diese Tradition bei allen Anlässen beschworen wurde, sowenig wußten wir wirklich von der Geschichte. Die Erinnerung als Staatsdoktrin, die sich in feierlichen Reden, Gesängen, Kranzniederlegungen manifestierte, verlor nach und nach all ihre Lebendigkeit und Widersprüchlichkeit. Sie erstarrte zum Ritual, da ihre Überlieferung von wechselnden aktuellen Zweckmäßigkeiten bestimmt wurde.“ (Annette Leo, „Die Helden erinnern sich“, in: Die wiedergefundene Erinnerung. Verdrängte Geschichte in Osteuropa. Berlin 1992, S. 159 f.)

Eine objektive wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und dem Dritten Reich durfte offensichtlich nicht stattfinden. Annette Simon weist darauf hin, daß der normale nationalsozialistische Alltag nicht Gegenstand des Interesses am Faschismus war, „und es wurden auch nicht die psychischen Bedingungen für die Anfälligkeit des Kleinbürgers untersucht, sich an grandiosen Ideen zu berauschen und in Hierarchie bedingungslos unterzuordnen. Dies hätte ja bedeutet, sich auch mit den psychischen Wurzeln des Funktionierens von Diktaturen überhaupt zu befassen, und von den Mächtigen war keiner daran interessiert, an dem Ast zu sägen, auf dem sie alle saßen.“

Ein vielsagendes Zeugnis ist auch die Tatsache, daß die DDR im Internationalen Museumsrat Auschwitz einen Sitz hatte, der aber nie von einem DDR-Vertreter wahrgenommen wurde.

Das Klischee vom guten, reinen – da auf dem Antifaschismus gegründeten – DDR-Staates gegenüber der verbrecherischen – da angeblich den Faschismus fortsetzenden – Bundesrepublik Deutschland verlor allmählich seine integrierende Kraft. Die hehre Verherrlichung des Kampfes gegen den Kapitalismus verkam zum „Wortantifaschismus“, wie Joseph Rován kürzlich schrieb (Welt, 16.2.1993).

War inzwischen bekannt geworden, daß ehemalige Nazis in der DDR in einflußreichen Stellungen saßen, daß keineswegs nur Nationalsozialisten den Säuberungsaktionen in den Anfangszeiten der SBZ/DDR zum Opfer gefallen waren, daß „Abweichler“, die wirkliche Antifaschisten und KZ-Opfer der Nationalsozialisten gewesen waren, von Sowjets und DDR-Behörden erneut verfolgt wurden?

Hier stellt sich nun die Frage nach der Entstehung von Rechtsradikalismus und Rechtsextremismus in der DDR. Ist eine der Ursachen in dem sinkenden Glauben an die Antifaschismus-Ideologie und das damit entstehende Motivationsvakuum zu sehen? Oder war es bewußte militante Opposition zur herrschenden Staats-Ideologie, die zu überzogenen Anti-Vorstellungen führte, so wie es auch heute eine „Anti-Antifa-Bewegung“ gibt?

Wie das Bundesamt für Verfassungsschutz feststellte (vgl. Heinrich Sippel, „Rechtsextremismus in Deutschland. Eine Lagedarstellung.“ Vortrag vom 9.2.1993), gibt es heute eine Konzentration der rechtsextremistischen Gewalt in den östlichen Bundesländern. Bezogen auf die Einwohnerzahl standen 1992 die Länder Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg hinsichtlich rechtsradikaler Gewalttaten mit großem Abstand an der Spitze aller bundesdeutschen Länder. In diesen beiden Ländern wurden jeweils mehr als doppelt so viele rechtsextremistisch motivierte Gewalttaten begangen wie in Schleswig-Holstein, dem am meisten von solchen Gewalttaten heimgesuchten westdeutschen Land. Alle neuen Bundesländer befinden sich in der ersten Hälfte der in Relation zur Einwohnerdichte erstellten Häufigkeitsskala. Selbst das von den neuen Ländern am wenigsten betroffene Thüringen steht noch vor Berlin, Baden-Württemberg, Niedersachsen, Hessen, Hamburg, Rheinland-Pfalz, Bayern und Bremen.

Von den derzeit rund 6400 gewaltbereiten rechtsextremistischen Personen wohnen etwa 3800 in den neuen Bundesländern und Berlin, in den alten Bundesländern sind es (nur) 2600.

Diese auffallend ungleiche Verteilung kommt vermutlich daher, daß – nach Auffassung des Verfassungsschutzes – der klar politisch motivierte Rechtsradikalismus in der DDR länger als in den alten Bundesländern existiert. Während in den alten Bundesländern in den frühen 80er Jahren politisierte Elemente in der Subkultur der Skinheads eher vereinzelt auftraten, war das rechte Gewaltpotential zu jener Zeit in der DDR bereits nicht unerheblich. Es gab 600 bis 1000 politisierte Skins, die unter scharfer Kontrolle der Staatssicherheit standen.

Natürlich fragt man sich, ob die jüngst aufgedeckte Stasi-Aktion „Vergißmeinnicht“ von 1961, durch die jüdische Mitbürgerinnen und Mitbürger in der damaligen Bundesrepublik durch antisemitische Drohbriefe in Angst und Schrecken versetzt wurden, auch schon als Hinweis auf eine bestehende rechtsextremistische Szene in der DDR zu werten ist (Report, ARD, 8.2.1993).

Aber zurück zu der Frage nach dem politischen Zusammenhang bzw. der politischen Konfrontation von Antifaschismus-Ideologie und Rechtsextremismus in der DDR.

Annette Simon weist auf das bekannte psychologische Phänomen hin, daß die Jugend bisweilen mit heftigen Gegenreaktionen auf die Ideale der Eltern und Lehrer reagiert – vor allem wenn diese als bloße Worthülsen erkennbar sind.

Zum Verhalten eines Klassenkameraden, der Hakenkreuze an die Wände des Schulhauses geschmiert hatte, bemerkte sie: „Er war ganz bestimmt kein Neonazi, und nur die völlig überzogene Reaktion der Erwachsenen muß ihn dann darin bestätigt haben, daß er offensichtlich einen allergischen Punkt traf und so die lang ersehnte Aufmerksamkeit bekommen konnte.“ Ähnlich argumentierte Joseph Rován „Wo aber 1968 nicht stattfinden durfte, in den ehemals kommunistisch beherrschten Ländern, da suchen viele Jüngere im Neofaschismus die Art und Weise, mit der sie den Wortantifaschismus ihrer Eltern am besten provozieren können...“ (Welt 16.2.1993)

Aber die Justiz kam nur in ganz seltenen Fällen zu der Erkenntnis, daß die fremdenfeindlichen Gewalttäter der letzten Zeit völlig unpolitisch handelten. Vielmehr läßt sich sehr wohl eine Motivation durch eine Ideologie erkennen, die durch ein elitäres Rassedenken bestimmt ist, das alle „Andersrassigen“ – bei einer gewissen graduellen Abstufung – als minderwertig klassifiziert.

Für den Rechtsextremismus in der DDR der achtziger Jahre hat Konrad Weiß aber auch andere ideologische Momente nachgewiesen. Es wird deutlich, daß die rechtsextremen Gruppen eine ideologische Orientierung besaßen, die sie bewußt als Lebensmaxime gegen die herrschende Ideologie setzten („Die neue alte Gefahr. Junge Faschisten in der DDR. In: Alles ist im Untergrund obenauf, ... Ausgewählte Beiträge aus der Zeitschrift KONTEXT 1–7, Berlin 1990, S. 18–31)

Für die Zukunft unseres Staates ist es m.E. von größter Wichtigkeit, die unheilvolle Wechselwirkung von marxistischer Antifaschismus-Ideologie und Rechtsextremismus aufzuklären und ihr politisch und wissenschaftlich entgegenzutreten. Eine Ideologie, die dem Menschen, die ihm gemäßen geistigen Lebensgestaltungsprinzipien nehmen will, wird leicht Gefahr laufen, überzogene Reaktionen darauf zu provozieren. Wer meint, den Menschen als Individualität ausschalten und zum Kollektivwesen formen zu können, wird die Gefahr heraufbeschwören, daß „Ich-Gefühl“ und „Selbstbestätigung“ übersteigert und ggf. mittels körperlicher Gewalt erfahrbar gemacht werden. Wer meint, die Einordnung der Menschen in eine Nation „aufheben“ und durch Internationalität ersetzen zu können, kann unter Umständen nationalistische Übersteigerung als schreckliche Folge bewirken.

Es ist an der Zeit, solche sozialpsychologischen Bedingungen und Konsequenzen politischer Systeme und politischer Ideen besser als bisher zu bedenken und zu erforschen. Ich möchte hoffen, daß die Arbeit der Enquete-Kommission auch in dieser Hinsicht einige Beiträge leisten kann.

**Sv. Dr. Bernd Faulenbach:** Man hat den Antifaschismus als „Kernstück des inneren und äußeren Selbstverständnisses“ der DDR bezeichnet (Olaf Groehler). Mag dies auch überpointiert sein, so kann doch kein Zweifel bestehen, daß der Antifaschismus zu den wichtigen „integrativen Faktoren“